

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

- 1. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Elke Hoff, Dr. Werner Hoyer, Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/7790 –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– 16/5211 –**

**Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um
Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie
über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale
(Jahresabrüstungsbericht 2006)**

- 2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln),
Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, weiterer Abgeordneter und der
Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/7791 –**

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– 16/5211 –**

**Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um
Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie
über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale
(Jahresabrüstungsbericht 2006)**

- 3. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 16/5211 –**

**Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um
Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie
über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale
(Jahresabrüstungsbericht 2006)**

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Antrag stellende Fraktion stellt fest, dass sich die internationalen Bemühungen um Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung in einem kritischen Stadium befänden, das in seiner Gesamtheit ein schwerwiegendes sicherheitspolitisches Risiko für die Weltgemeinschaft bedeute. Das wesentliche Ziel der nationalen wie internationalen Abrüstungs- und Nichtverbreitungspolitik Deutschlands müsse daher eine verantwortungsvolle Vorreiterrolle bei der Erhaltung, Förderung und Weiterentwicklung der etablierten vertrauensbildenden Kooperationsstrukturen sein.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, einer Ausnahmeregelung der Nuclear Suppliers Group für die Lieferung von Nukleartechnologie und nuklearem Brennstoff an Indien im Zusammenhang mit dem US-Indischen Nuklearabkommen nicht zuzustimmen, den Abzug amerikanischer Nuklearwaffen aus Deutschland voranzutreiben und sowohl die USA als auch Russland zu zeitnahen und belastbaren Nachfolgevereinbarungen für auslaufende Abrüstungsverträge zu drängen. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, im Vorbereitungsprozess für die NVV-Überprüfungskonferenz im Jahr 2010 die Abrüstungsverpflichtungen der Kernwaffenstaaten und die CTBT-Inkraftsetzung anzumahnen, sich im Rahmen der Verhandlungen über einen Vertrag zum Produktionsstopp von spaltbarem Material für Transparenz- und Verifikationsverpflichtungen einzusetzen, in der Frage der Stationierung eines US-Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien auf eine gemeinsame europäische Position zu drängen, den Ratifizierungsprozess für das Anpassungsübereinkommen zum KSE-Vertrag einzuleiten sowie nachhaltig dafür zu werben, den EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren zeitnah in einen verbindlichen Gemeinsamen Standpunkt der EU umzuwandeln.

Zu Nummer 2

Die Antrag stellende Fraktion stellt fest, dass effektive Rüstungskontrolle und Abrüstung zwei zentrale Grundpfeiler für eine friedliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit im internationalen Rahmen seien. Die derzeitige Bundesregierung habe es ebenso wie ihre Vorgängerregierung versäumt, der Rüstungskontrolle und Abrüstung quantitativ wie qualitativ einen neuen Schub zu geben.

Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, unverzüglich die Ratifizierung des Anpassungsabkommens zum KSE-Vertrag einzuleiten, die Initiative für einen neuen Vertrag über konventionelle Abrüstung in Europa zu ergreifen, die Rolle der OSZE in der Rüstungskontrolle und Abrüstung zu stärken, auf konkrete Abrüstungsschritte der NATO zu drängen, die deutsche Beteiligung an der nuklearen Teilhabe sowie die Stationierung amerikanischer Atomwaffen in Deutschland zu beenden und sich bi- wie multilateral gegen die Stationierung eines US-Raketenabwehrsystems in Europa zu verwenden. Die Bundesregierung soll weiter aufgefordert werden, den deutschen Verteidigungsetat ab 2009 um 10 Prozent abzusenken, sich für eine vollständige Ächtung von Streumunition und Landminen sowie gegen eine weitere Militarisierung des Weltraums einzusetzen, den EU-Verhaltenskodex für konventionelle Waffenausfuhren rechtsverbindlich zu machen und eine unabhängige Expertengruppe zur Stärkung des Abrüstungsprozesses durch präventive Maßnahmen einzuberufen.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 16/7790 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 2

Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 16/7791 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 3

Kenntnisnahme der Unterrichtung auf Drucksache 16/5211

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 16/5211

1. den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7790 abzulehnen,
2. den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7791 abzulehnen.

Berlin, den 7. Mai 2008

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

**Dr. Karl-Theodor Freiherr
zu Guttenberg**
Berichterstatter

Uta Zapf
Berichterstatterin

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Uta Zapf, Dr. Werner Hoyer, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Entschließungsantrag auf **Drucksache 16/7790** in seiner 137. Sitzung am 18. Januar 2008 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7790 in seiner 57. Sitzung am 13. Februar 2008 zur gutachtlichen Stellungnahme dem Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Entschließungsantrag auf **Drucksache 16/7791** in seiner 137. Sitzung am 18. Januar 2008 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/7791 in seiner 57. Sitzung am 13. Februar 2008 zur gutachtlichen Stellungnahme dem Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ überwiesen.

Zu Nummer 3

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung auf **Drucksache 16/5211** in seiner 137. Sitzung am 18. Januar 2008 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat die Unterrichtung auf Drucksache 16/5211 in seiner 56. Sitzung am 23. Januar 2008 zur gutachtlichen Stellungnahme dem Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 78. Sitzung am 23. April 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Entschließungsantrag in seiner 58. Sitzung am

23. April 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Entschließungsantrag in seiner 62. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“** hat den Entschließungsantrag in seiner 31. Sitzung am 25. April 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Nummer 2

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 78. Sitzung am 23. April 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Entschließungsantrag in seiner 58. Sitzung am 23. April 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Entschließungsantrag in seiner 62. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“** hat den Entschließungsantrag in seiner 31. Sitzung am 25. April 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Nummer 3

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Unterrichtung in seiner 78. Sitzung am 23. April 2008 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Unterrichtung in seiner 58. Sitzung am 23. April 2008 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Unterrichtung in seiner 62. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“** hat die Unterrichtung in seiner 31. Sitzung am 25. April 2008 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Zu Nummer 1

Der Auswärtige Ausschuss hat den Entschließungsantrag in seiner 63. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Nummer 2

Der Auswärtige Ausschuss hat den Entschließungsantrag in seiner 63. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Nummer 3

Der Auswärtige Ausschuss empfiehlt in seiner 63. Sitzung am 7. Mai 2008, die Unterrichtung zur Kenntnisnahme zu nehmen.

Berlin, den 7. Mai 2008

**Dr. Karl-Theodor Freiherr
zu Guttenberg**
Berichterstatter

Uta Zapf
Berichterstatterin

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

